

Arbeitskreis Engagierter Katholiken in der CDU (AEK)

PRESSEMITTEILUNG

Martin Lohmann (CDU), Sprecher des Arbeitskreises Engagierter Katholiken (AEK), erklärt zu den Absichten der rot-grünen Regierung in NRW:

„Wir sind bestürzt über den Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen. Dies ist ein Politikentwurf, der die Abhängigkeit der künftigen Regierung von kommunistischen Kräften deutlich macht und verantwortungsvoller Politik in NRW nicht gerecht wird. Rot und Grün vergessen schon vor Amtsantritt ihre Verantwortung für die Menschen in NRW. Sie verstehen die Regierungsübernahme als Befriedigung persönlicher und politischer Eitelkeiten und vergessen darüber, dass Politik eine dienende Funktion hat. Die Ziele von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind des Lobes wert, müssten jedoch mit politischen Inhalten gefüllt werden und nicht in Phrasen verwischen. Die Pläne wieder mit der Schuldenpolitik von vor 2005 fortzufahren, sind in keinsten Weise hinnehmbar und sind ein Schlag ins Gesicht für die jüngeren und nachfolgenden Generationen.

Auch muss klar sein, dass soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und ökologischer Ausgleich einander bedingen. Es darf nicht sein, den einen Punkt zu Gunsten eines anderen zu vernachlässigen. Das schwere Erbe von Bärbel Höhn darf nicht wiederbelebt werden! Diese Politik starrsinniger Ideologie gefährdet tausende Arbeitsplätze. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Industriestandort NRW dürfen nicht die Jobs geklaut werden, nur damit sich Frau Löhrmann auf einem Parteitag feiern lassen kann. Auch muss weiterhin ‚Privat vor Staat‘ gelten. Die Arbeitsplätze der mittelständischen Handwerksbetriebe dürfen nicht auch noch durch Konkurrenz von Stadtwerken zusätzlich gefährdet werden. Die geplante dauerhafte Beschäftigung von Arbeitnehmern im öffentlichen Sektor ist nicht finanzierbar, bei vernünftiger Politik unnötig und nur der gerne gewährte Tribut an die SED-Nachfolgepartei im Landtag NRW.

In der vorschulischen Erziehung muss die bisherige Politik der Sprachförderung unbedingt fortgesetzt werden. Bei der gerechtfertigten Anerkennung des Glücks der Mehrsprachigkeit muss die Priorität beim vollständigen Erlernen der deutschen Sprache bis spätestens dem ersten Schultag liegen. Wir sprechen uns dagegen aus, die Einheitsschule einzurichten. Dieser einer inhaltslosen Ideologie verpflichtete Ansatz ist das falsche Signal an Eltern und Schüler, die so zum Spielball politischer Borniertheit werden. Richtig ist es, genau auf die Belange der Kinder zu schauen und diesen zielgerichtet zu dienen. Gerade im ländlichen Gebiet machen Verbundschulen da Sinn, wo Eltern, Lehrer, Schüler und Kommunen dies wünschen. Flächendeckend ist dies abzulehnen. Ebenso wie die Schließung von Gymnasien und anderen erfolgreichen Schulformen.

Ausdrückliche Unterstützung findet die ideelle Förderung der Bio-Landwirtschaft. Der AEK bittet jedoch eindringlich, darüber nicht zu vergessen, dass die traditionellen Landwirte in Westfalen und dem Rheinland einen immensen Beitrag zu Klima-, Umwelt- und Landschaftsschutz beitragen, sowie Produkte höchster Qualität herstellen und dementsprechend auch gewürdigt werden müssen.

Bei den sozialpolitischen Maßnahmen ist besonderes Augenmerk auf die Geringverdiener zu legen. ‚Sozialtickets‘ für Transfergeldbezieher alleine können nicht ausgeglichene Sozialpolitik sein. Der AEK lehnt eine Erweiterung auf des Wahlrechts auf Nicht-EU-Bürger und die Abschaffung des Optionszwangs ab. Eine Reform des Dienstrechts in NRW mit Blick auf Flexibilität sollte erst in einigen Jahren diskutiert werden. Zuvor sollten Erfahrungswerte (zum Beispiel aus Bayern) gesammelt werden.

Toleranz und Nächstenliebe sind urchristliche Tugenden und selbstverständlich. Politisch geförderte Homosexualität und Diffusion sexueller Identitäten sind abzulehnen. Jeder Mensch ist auf seinem Lebensweg zu unterstützen. Politisch gefördert werden darf allerdings nur die Ehe von Mann und Frau. Wie es das Grundgesetz gebietet hat die Ehe von Mann und Frau Vorrang vor eingetragenen Lebensgemeinschaften.“

9. Juli 2010 / V.i.S.d.P.: Martin Lohmann

Eine Initiative engagierter Katholiken in der CDU

Sprecher des AEK: Martin Lohmann, Lucas-Cranach-Straße 3, 53175 Bonn, Tel. (0178) 7735777

Redaktion AEK-Journal: Martin Lohmann (verantwortlich), Christian Sitter. Mail: journal@aek-online.de